



Amtliche Bekanntmachungen
der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg
26/2019 (15. Mai 2019)

Ordnung zur Vergabe von Qualitätssicherungsmitteln

vom 15.05.2019¹

Präambel

Diese Ordnung ist entsprechend §65a Satz 1 LHG als Satzung zu behandeln. Änderungen bedürfen nach §65b Satz 2 LHG der Genehmigung des Rektorates.

Zum Zwecke der besseren Lesbarkeit werden im Folgenden die weiblichen Bezeichnungen verwendet, sofern keine neutrale Bezeichnung möglich ist.

Inhalt

I. Allgemeines	72
§1 Grundlagen	72
§2 Zweckbindung	72
§3 Vorschlagsrecht	72
§4 Mittelvergabe	72
§5 Stufenmodell	72
§6 Finanzierung von längerfristigen Maßnahmen	72
§7 Unzulässige Verwendungszwecke	73
II. Verfahren	73
§8 Jahresverteilung	73
§9 Exkursionen	73
§10 Finanzausschuss für Studium und Lehre (FinStuL)	73
III. Übergangs- und Schlussbestimmungen	74
§ 11 Änderungen	74
§ 12 Kenntnisnahme der Pädagogischen Hochschule	74
§ 13 Inkrafttreten	74

I. Allgemeines

§1 Grundlagen

- (1) Das Land gewährleistet auf Grundlage des Qualitätssicherungsgesetzes (QualSiG) vom 5. Mai 2015 die Bereitstellung von Mitteln in Höhe von 280 Euro pro Semester und Studierendem.
- (2) Für 11,764 Prozent der Mittel obliegt der Vorschlag der Verfassten Studierendenschaft.
- (3) Die Paragraphen 1 bis 7 sind aus dem Qualitätssicherungsgesetz und der zugehörigen Verwaltungsvorschrift übernommen und können inhaltlich nicht geändert werden.

§2 Zweckbindung

- (1) Diese Mittel dienen der Sicherung der Qualität von Studium und Lehre entsprechend § 1 QualSiG; das Nähere zu den zulässigen Verwendungsmöglichkeiten regelt das Wissenschaftsministerium durch eine Verwaltungsvorschrift.

§3 Vorschlagsrecht

- (1) Die VS hat das alleinige Vorschlagsrecht.
- (2) Sofern der Vorschlag der Studierendenschaft mit der Verwaltungsvorschrift übereinstimmt, ist er insoweit für das Rektorat bindend. Das Rektorat hat über die Rechtmäßigkeit eines Vorschlags binnen sechs Wochen zu entscheiden.
- (3) Die Vergabe der Mittel erfolgt anschließend durch das Rektorat.

§4 Mittelvergabe

- (1) Alle Mittel sollen bis Jahresende, müssen jedoch spätestens bis 1. Mai des Folgejahres ausgegeben worden sein. Nicht ausgegebene Mittel fließen zurück an das Land Baden-Württemberg.
- (2) Über die Verfahrensschritte zur Erstellung des Vorschlags der Mittelvergabe entscheidet die Verfasste Studierendenschaft in eigener Zuständigkeit.
- (3) Für diese Mittel gilt die Landeshaushaltsordnung. Der Haushaltsgrundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit ist insbesondere zu beachten.

§5 Stufenmodell

- (1) Die Verwendungszwecke werden nach 3 Stufen gegliedert. Dabei soll nach dem Zweck des Qualitätssicherungsgesetzes der Schwerpunkt der Förderung - zumindest über die Summe mehrerer Semester – auf den Stufen 1 und 2 liegen.
Stufe 1: Maßnahmen zur unmittelbaren Verbesserung von Studium und Lehre
Stufe 2: Lehr- und lernahe Maßnahmen
Stufe 3: Mittelbare Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität von Studium und Lehre sowie der allgemeinen Studienbedingungen

§6 Finanzierung von längerfristigen Maßnahmen

- (1) Finanziert werden können zeitlich befristete oder auf einen längeren Zeitraum angelegte Maßnahmen. Die Mittel für auf einen längeren Zeitraum angelegte Maßnahmen dürfen 50 Prozent des einer Hochschule zur Verfügung stehenden Studierendanteils der Qualitätssicherungsmittel nicht überschreiten.
- (2) Die Finanzierung der Maßnahmen kann in vollem Umfang oder auf dem Wege der Teilfinanzierung zusammen mit der Hochschule erfolgen.

¹ Die Änderungen folgender StuPa-Sitzungen sind eingearbeitet und am Tage nach ihrer amtlichen Bekanntmachung in Kraft getreten:

§7 Unzulässige Verwendungszwecke

- (1) Nicht finanziert werden dürfen folgende Maßnahmen:
(nach Maßgabe des Qualitätssicherungsgesetzes (QualSiG))
 - Die außerhalb der Sicherung der Qualität von Studium und Lehre liegen
 - Die in den Aufgabenbereich der Verfassten Studierendenschaft gemäß § 65 Absatz 2 LHG fallen
 - Die in den Aufgabenbereich der Studierendenwerke gemäß § 2 Studierendenwerkgesetz fallen - Eine unbefristete Beschäftigung von Personal (nach Maßgabe des Studierendenparlamentes)
 - Befristete Stellen, ausgenommen Tutoren

II. Verfahren

§8 Jahresverteilung

- (1) Das Studierendenparlament beschließt mit dieser Satzung eine Jahresverteilung. Änderungen für ein aktuelles Haushaltsjahr sind nicht möglich, sondern können erst für das folgende Haushaltsjahr beschlossen werden.
- (2) Die in der Jahresverteilung beschlossenen Mittel müssen von der Hochschule entsprechend ihrer Zweckbindung verteilt und verwendet werden. Das Vorschlagsrecht für die übrig gebliebenen Gelder übernehmen die Studierenden im Finanzausschuss für Studium und Lehre.
- (3) Das Studierendenparlament beschließt folgende Jahresverteilung:

Lehraufträge Fakultät I	50.000,00 €
Lehraufträge Fakultät II	60.000,00 €
Lehraufträge Fakultät III	20.000,00 €
Bibliothek	10.000,00 €
Exkursionen	25.000,00 €
Literatur-Café	15.000,00 €
Workshops KomBi	22.000,00 €
Zeld	5.000,00 €
Sprachdidaktisches Zentrum	
	17.000,00 €
E-Learning	4.000,00 €
Forschungs- und Methodenforschung	
	5.000,00 €
Werkstatt Sachlernen in Früher Bildung und Grundschule	8.000,00 €
Testsammlung Sonderpädagogik	
	11.000,00 €
Didaktische Sammlung Sonderpädagogik	
	11.000,00 €
Sprachkurse zur Internationalisierung (AAA)	
	7.000,00 €
Lernfestival ²	7.000,00 €

(1) ² Die Gelder für das Lernfestival werden nur vergeben, wenn es in diesem Jahr auch stattfindet. Dies ist voraussichtlich in jedem ungeraden Kalenderjahr.

SSC-Tutoren	5.000,00 €
Tutoren allg. Hochschulsport	
	13.000,00 €
Poetry Performance	1.000,00 €
Freie verfügbare Mittel (FinStuL):	
	30.000€ + Rest

- (4) Die Verwendung der Mittel für Lehraufträge ist an die Zustimmung der studentischen Fakultätsratsmitglieder zu konkreten Vorschlägen der Verwendung der Mittel geknüpft. Diese ist hergestellt, wenn auf einer Sitzung eine Mehrheit der anwesenden studentischen Fakultätsratsmitglieder zustimmt.

§9 Exkursionen

- (1) Die Mittel für Exkursionen werden auf der letzten Sitzung des FinStuL im Sommersemester vergeben.
- (2) Das Sammeln der Exkursionsanträge übernimmt die Dienststelle der Verfassten Studierendenschaft.
- (3) Die Exkursionen werden in Form eines Formulars eingereicht. Dieses ist nach der Exkursion von einem Studierenden der Exkursion auszufüllen und vom Dozierenden zu unterzeichnen. Es hat mindestens zu enthalten:
 - Name des leitenden Dozierenden
 - Ziel der Exkursion
 - Kurze Beschreibung der Exkursion
 - Kosten pro Studierenden
 - Anzahl der teilnehmenden Studierenden
 - Unterschrift des ausfüllenden Studierenden und des leitenden Dozierenden
- (4) Im Anhang ist dem Formular eine Liste der teilnehmenden Studierenden beizufügen. Dieses hat mindestens zu enthalten:
 - laufende Nummer
 - Name und Vorname der Studierenden
 - IBAN jeder Studierenden
 - BIC jeder Studierenden
 - Postanschriftadresse
- (5) Wird die Exkursion ausschließlich von Studierenden organisiert, so genügt die Unterschrift der organisierenden Studierenden. In diesem Falle ist eine grobe Planung der Finanzierung anzugeben. Die inhaltliche Beurteilung, ob die Exkursion gerechtfertigt ist übernimmt der Ausschuss. Dies sollte in der Regel 4 Wochen im Vorhinein der Exkursion erfolgen.

§10 Finanzausschuss für Studium und Lehre (FinStuL)

- (1) Das Vorschlagsrecht für die Verfasste Studierendenschaft üben die Studierendenvertreter im Finanzausschuss für Studium und Lehre aus. Diese bestehen aus den vier studentischen Senatsmitgliedern sowie bis zu drei vom Studierendenparlament zu Beginn der Legislatur für diese zu wählenden Studierenden.

- (2) Weiterhin gehören dem FinStuL beratende Mitglieder der Hochschule an. Die Zusammensetzung dieser Mitglieder regelt die Hochschule.
- (3) Die Sitzungsvorbereitung, die Sitzungsleitung sowie die Protokollführung überlassen die Studierenden der Hochschule. Ebenfalls werden die Sitzungen von der Hochschule festgelegt.
- (4) Der FinStuL beschließt über die frei verfügbaren Mittel, die Exkursionsmittel und die Mittel nach §10 Absatz 5.
- (5) Bewilligte Mittel, die bis zum 31.12. nicht abgerufen wurden, werden dem FinStuL wieder zur Vergabe zugeführt.
- (6) Das Vorschlagsrecht für die Verfasste Studierendenschaft darf in Ausnahmefällen zudem auch vom Parlament ausgeübt werden.
- (7) Möchten die studentischen Mitglieder des FinStuL auch ohne die anderen Mitglieder tagen, so hat jedes studentische Mitglied des FinStuL die Möglichkeit eine Sitzung einzuberufen.

III. Übergangs- und Schlussbestimmungen

§ 11 Änderungen

- (1) Als Änderung an dieser Ordnung ist sowohl eine Änderung des Wortlautes dieser Ordnung als auch die Ergänzung und Aufhebung von Bestimmungen anzusehen.
- (2) Die erforderliche Mehrheit diese Satzung zu ändern findet sich in der Organisationssatzung der VS.

§ 12 Kenntnisnahme der Pädagogischen Hochschule

Diese Ordnung und Änderungen dieser Ordnung sind dem Rektorat der Hochschule anzuzeigen.

§ 13 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in den amtlichen Bekanntmachungen der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg in Kraft. Sie ersetzt damit die Satzung vom 18.07.2016, die hiermit außer Kraft tritt.

Ludwigsburg, 19.05.2019

Gez. Michael Breitner